

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION

Postanschrift 1014 Wien, Postfach 6

Fernschreibnummer 13 4145, Telefax (0 22 2) 531 10 2060

Parteienverkehr: Dienstag 8 - 12 Uhr und 16 - 19 Uhr

Wien 1, Herrengasse 11 - 13

zu erreichen mit:

U 3 (Haltestelle Herrengasse)

2A, 3A (Haltestelle Michaelerplatz)

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

An das
Bundesministerium für
Gesundheit, Sport und
Konsumentenschutz
Radetzkystraße 2
1031 Wien

Beilagen

LAD-VD-9634

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug
21.746/1-II/A/5/92

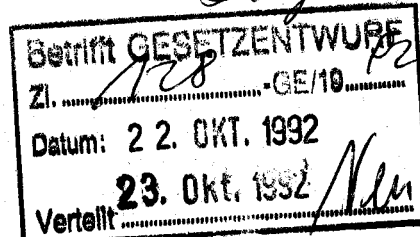
Bearbeiter
Dr. Grüner

(0 22 2) 531 10

Durchwahl
2152

Datum

20. Okt. 1992



Betrifft

Entwurf einer Novelle zum AIDS-Gesetz

Die NÖ Landesregierung beehrt sich zum Entwurf einer Novelle zum
AIDS-Gesetz wie folgt Stellung zu nehmen:

Grundsätzlich bestehen gegen die Novelle keine Bedenken.

Es sollte jedoch zum Schutz des Pflegepersonals in Kranken-
anstalten die Möglichkeit geben, in bestimmten Fällen bei
erhöhter Verletzungsgefahr einen HIV-Test auch ohne Zustimmung
des Patienten durchführen zu lassen.

Der Schutz des Patienten und seiner Intimsphäre ist sicher ein
wichtiger Wert, der Schutz des Personals vor einer tödlichen
Erkrankung ist aber höher einzuschätzen.

Im Falle einer Verletzung ist es für das Personal, welches ja
gegen Hepatitis B geimpft ist, von lebensentscheidender
Bedeutung, ob der behandelte Patient an einer HIV-Infektion
leidet oder nicht, da die notwendigen medikamentösen Maßnahmen,
die unter Umständen ohne Notwendigkeit nur auf Verdacht gemacht
werden müssen, ebenfalls einen wesentlich größeren Eingriff in

- 2 -

die Integrität des Pflegepersonals darstellen als ein HIV-Test eines Spitalspatienten. (Allfällige Spätfolgen der hochdosierten Chemoprophylaxe einer verletzten Pflegeperson sind möglich).

Im Rahmen einer Abwägung der Werte sollte die Gesundheit des Pflegepersonals doch höher stehen, als der Wunsch eines Patienten auf Verweigerung eines HIV-Tests.

Nochmals muß betont werden, daß auch bei optimaler Vorsicht in der Behandlung eines Patienten eine Verletzungsgefahr besteht und daß es nur darum geht, der verletzten Pflegeperson die hoch-dosierte Chemoprophylaxe und die Angst vor einer Infektion zu ersparen.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung
L u d w i g
Landeshauptmann

- 3 -

LAD-VD-9634

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen
(zu Handen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer
5. an das Büro des Bundesministers für Föderalismus und Verwaltungsreform

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung
L u d w i g
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

